

Aus dem Hessischen Landtag

02.06.2017

Eva Goldbach MdL

Ländlicher Raum, Kommunales, Petitionen

Der Hessische Landtag freute sich in dieser Plenarwoche besonders über den

Besuch des Hessentagspaars, Selma Kücükayvuz und Marcel Sedlmayer



Kommunales Investitionsprogramm

Die zweite Auflage des Kommunalinvestitionsprogramms (KIP II) ist eine wichtige Unterstützung der Kommunen bei der Sanierung der Schulen. Schülerinnen und Schüler brauchen neben einer guten Lehrerversorgung und einer hohen Unterrichtsqualität, in die wir in Hessen viel Landesgeld investieren, auch moderne und freundliche Schulgebäude. Wir investieren in Schulen,



die hervorragende Lernbedingungen bieten und die jungen Menschen auf die Herausforderungen in der Zukunft gut vorbereiten. Auch neue Anforderungen wie Nachmittagsbetreuung und inklusiver Unterricht erfordern bauliche Veränderungen. Uns ist sehr wichtig, dass die Städte und Landkreise selbst entscheiden, wie und wo sie investieren. Sie sind zu recht für ihre Schulgebäude zuständig, denn sie wissen am besten, wo der Bedarf am größten ist. Deshalb unterstützen wir sie nach Kräften, gestalten unsere Programme mit größtmöglichem Freiraum für die Kommunen und setzen uns auch im Bund für mehr Flexibilität ein. Das neue Kommunale Investitionsprogramm (KIP II) mit einem Volumen von **513 Millionen Euro** fließt deshalb

ausschließlich in die Schulen. Bereits das erste Kommunale Investitionsprogramm der von CDU und GRÜNEN getragenen Landesregierung mit einer Gesamtsumme von einer Milliarde Euro haben die hessischen Kommunen zu einem Drittel für Investitionen in die Schulinfrastruktur investiert.

[Weitere Infos zum KIP finden Sie hier](#)

Trinkwasserförderung

„Trinkwasser in Hessen“ war Thema im hessischen Landtag. Das Rhein-Main-Gebiet verbraucht mehr Wasser, als es selbst fördern und aufbereiten kann. Die Regionen Vogelsberg, Burgwald und hessisches Ried sind Wassergewinnungsgebiete, aus denen Trinkwasser geliefert wird. Die Ressource Wasser ist kostbar und steht nicht unendlich zur Verfügung. Durch den Klimawandel wird weniger Grundwasser neu gebildet. Die Wasserqualität ist durch Schadstoffeinträge gefährdet und durch die Urbanisierung steigt der Wasserbedarf.



Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden und eine nachhaltige und umweltverträgliche Wasserbewirtschaftung zu gewährleisten, hat das Hessische Umweltministerium den „**Leitbildprozess Wasser**“ ins Leben gerufen.

Das Leitbild soll wasserwirtschaftliche, ökologische, ökonomische und gesellschaftliche Aspekte berücksichtigen. Es wird von allen Akteuren gemeinsam entwickelt, die mit der Wassergewinnung und -bewirtschaftung befasst sind. Rund 100 Vertreterinnen und Vertreter von Wasserversorgungsunternehmen, Kommunen, Naturschutz- und Landwirtschaftsverbänden kommen regelmäßig zusammen, um an der Entwicklung des Leitbilds für „Integriertes Wasserressourcen-Management Rhein-Main“ mitzuwirken.

„Bisher sprechen wir beim Wasserressourcenmanagement vom Angebot an Grundwasser, Oberflächenwasser und Uferfiltrat. Ich finde, dies sollte um **Einspar- und Substitutionspotenziale** ergänzt werden“, betonte Staatssekretärin Beatrix Tappeser. Die Frage sei dabei, ob die Wasserressourcen in den Teilräumen des Rhein-Main-Gebietes bereits optimal effektiv und nachhaltig genutzt würden, wie eine umweltschonende Nutzung des Trinkwasseraufkommens weiter optimiert werden könne und wer welches Wasser wie lange und für welchen Zweck verbrauchen würde.

„Der Leitbildprozess soll auch dazu dienen, **Sachverhalte neu zu überdenken**. Ein ganz wichtiges Stichwort ist dabei der **Klimawandel** und die damit einhergehende Verschiebung von Niederschlägen. Könnte zum Beispiel ein weiterer Trinkwasserbedarf in den Teilräumen durch die Nutzung von Brauchwasser oder durch Recycling von Wasser ersetzt werden?“, so die Staatssekretärin. „Wir brauchen eine umfassende Analyse der aktuellen Situation, die nicht nur den Wasserverbrauch im Blick hat,

sondern auch die Möglichkeiten des Wassersparens, der Substitution und der Nutzung von Brauchwasser stärker berücksichtigt.“

[Nähere Informationen finden Sie auf der Seite des HMKLV](#)

[Mehr Informationen zum Leitbildprozess finden Sie hier](#)

Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Die im Bundesrat beschlossene Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern entlastet Hessen und trägt zu stabilen Haushalten bei. Die bisherigen Regelungen laufen 2019 aus. Die Belastung Hessens wird durch den neuen Finanzausgleich ab 2020 um etwa eine halbe Milliarde im Jahr sinken. Das hilft in der Zukunft, den Landeshaushalt stabil zu halten. Die Länder werden ab 2020 deutlich mehr Geld vom Bund erhalten, zunächst rund 10 Milliarden Euro im Jahr. Dafür müssen sie allerdings mehr Mitsprache des Bundes hinnehmen. Positiv ist, dass der Bund mehr Verantwortung für finanzschwache Kommunen und insbesondere auch für die Bildung übernimmt. Mit den heute beschlossenen Gesetzesänderungen können auch die Mittel für das neue Kommunalinvestitionsprogramm (KIP II) in Hessen fließen. Damit können über 500 Millionen Euro aus Bundes- und Landesmitteln in die hessischen Schulgebäude investiert werden.



[Zur Website des Bundesrats geht es hier](#)

Schutz von Einsatzkräften

Einsatzkräfte stellen täglich Sicherheit, Schutz und Hilfe für die Bürgerinnen und Bürger in Hessen sicher. Polizei, Feuerwehren und Rettungsdienste leisten eine herausragende Arbeit für unsere Gesellschaft. Sie riskieren unter Umständen das eigene Leben, um andere zu schützen oder anderen zu helfen.

Wer Einsatzkräfte angreift, muss mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen. Parallel setzt Hessen auf präventive Maßnahmen gegen Gewalt. Die Body-Cam soll Angreifer abschrecken. Die Kennzeichnungspflicht soll die Überprüfung polizeilicher Maßnahmen verbessern und damit auch das Vertrauen in staatliches Handeln erhöhen.



Holocaust-Professuren

Mit der Einrichtung zweier Lehrstühle kann die Geschichte des Holocaust besser erforscht werden. Die beiden nun besetzten Professuren zur Erforschung des Holocausts an der Goethe-Universität in Frankfurt (Professorin Sybille Steinbacher) und Justus-Liebig-Universität in Gießen (Professor Sascha Feuchert) sind das richtige Signal zur richtigen Zeit.



Das Erinnern an die Ereignisse in Deutschland während der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus und die Verantwortung Deutschlands für den Holocaust sind untrennbar mit unserer demokratischen Identität verbunden. Bildung ist auch in diesem Fall die Antwort auf Populismus und Extremismus in all seinen Facetten.

[Zur Professur an der JLU Gießen geht es hier](#)

[Zur Professur an der Goethe-Uni FfM geht es hier](#)

Pakt für den Nachmittag

Der Pakt für den Nachmittag ist das größte Ganztagsschulprogramm für die Grundschulen in der Geschichte Hessens. Der Pakt für den Nachmittag, eine Bildungs- und Betreuungsgarantie von 7:30 bis 17:00, verbindet die Kräfte der Kommunen, die gesetzlich für die Betreuung zuständig sind, mit den Landesmitteln aus dem Ganztagsausbau. In dieser Wahlperiode haben wir dafür bereits knapp 600 Lehrstellen für ganztägig arbeitende Schulen zusätzlich geschaffen. Zum Schuljahr 2017/18 sind schon zwei Drittel aller Schulträger und 168 Schulen dabei. Potenzielle Teilnehmer müssen einen ambitionierten Kriterienkatalog erfüllen: Rhythmisierung des Ganztagsangebotes, Partizipation von Eltern und Schülern, Kooperationen mit außerschulischen Lernpartnern und vieles mehr.



[Hier finden Sie weitere Informationen zum Pakt für den Nachmittag](#)

KURZ NOTIERT:

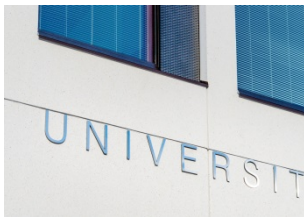
HESSEN FÖRDERT KLEINE MUSEEN



Die hessischen kommunalen und privaten Museen sollen im Jahr 2017 insgesamt rund 1.226.000 Euro Förderung erhalten. An 34 kommunale Sammlungen gehen rund 845.000 Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Darüber hinaus unterstützt das [Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst](#) 33 private Museen mit rund 381.000 Euro aus Projektfördermitteln. Die abwechslungsreiche Museumslandschaft ist ein bedeutender Teil unseres kulturellen Erbes. Gerade die vielen kleinen Museen im ländlichen Raum ergänzen das Ausstellungsangebot auf vielfältige Weise. Ihre gezielte Förderung ist daher eines der besonderen Anliegen der hessischen Landesregierung.

Unterstützung erhalten u.a. das [Oberhessische Museum in Gießen](#) (€ 17.000) und das [Museum im Spital](#) in Grünberg (€ 7.864).

HOCHSCHULPAKT 2020



Der [Hochschulpakt 2020](#) hat den hessischen Hochschulen Planungssicherheit gegeben und muss daher verlängert werden. Hessen hat mit seinem eigenen Hochschulpakt als erstes Land die Forderungen der großen Wissenschaftsorganisationen umgesetzt und den Hochschulen eine verlässlich steigende Grundfinanzierung zur Verfügung gestellt. Aber trotzdem sind wir auf die Mittel aus dem Bund-Länder-Hochschulpakt angewiesen, die jährlich 150 Millionen Euro ausmachen und die wir eins zu eins kofinanzieren.

WISSENSCHAFTSFREIHEIT



Die Wissenschaftsfreiheit in Hessen und Deutschland ist geschützt ist und muss es auch bleiben. Bildung ist für eine offene Gesellschaft unabdingbar.

Vielerorts verschlechtert sich das Verhältnis von Wissenschaft und staatlicher Gewalt. Wir sehen Wissenschaft auch als treibende Kraft für internationalen Austausch und interkulturellen Dialog. Geförderte Auslandssemester von Studierenden, in beispielsweise dem [Erasmus-Programm](#), sind erfolgreiche Maßnahmen des interkulturellen Dialogs. Das Land hat zudem mit dem „[HessenFonds für Flüchtlinge](#)“ ein eigenes Programm zur Förderung von geflüchteten Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aufgelegt.